

FBP sorgt sich um Altersvorsorge

Postulat Die FBP will von der Regierung genau wissen, wie sich der demografische Wandel auf die Staatsfinanzen und die Sicherstellung sozialer Einrichtungen auswirkt. Sie hat einen entsprechenden parlamentarischen Vorstoss eingereicht.

VON JESSICA NIGG

Die FBP-Fraktion hat für den April-Landtag ein Postulat zur demografischen Entwicklung und deren Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen und die sozialen Institutionen eingereicht. Die Regierung soll aufzeigen, welche Auswirkungen die demografische Entwicklung auf die Sicherstellung der AHV hat. Die FBP fordert die Regierung auch auf, die Auswirkungen auf die Finanzierung der Langzeitpflege und andere Betreuungsformen älterer Mitmenschen, auf soziale Institutionen sowie insbesondere auf die öffentlichen Finanzen aufzuzeigen.

Kosten werden steigen

Die FBP begründet das Postulat damit, dass sich die Altersstruktur der

liechtensteinischen Bevölkerung absehbar verändert. «Die geburtsstarken Jahrgänge der sogenannten Babyboom-Generation werden in den kommenden 15 bis 20 Jahren das Pensionsalter erreichen», erklärt der FBP-Landtagsabgeordnete Manfred Batliner. Gepaart mit dem Rückgang der Geburtenrate sowie der steigenden Lebenserwartung verschiebe sich das Verhältnis zwischen der Anzahl Personen im Erwerbsalter und der Anzahl älterer Personen immer mehr. «Durch diese Verschiebung werden die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt und für die Gesundheit deutlich stärker zunehmen als die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung», führt Batliner weiter aus. Auswirkungen auf die Finanzen der öffentlichen Haushalte, insbesondere im Bereich der Gesundheit

und der Sozialausgaben, seien deutlich absehbar.

Längerfristige Planung erforderlich

Eine nähere Betrachtung der langfristigen Entwicklung der öffentlichen Finanzen (Staat, AHV, IV) sowie der Gesundheitsausgaben sei unbedingt zum jetzigen Zeitpunkt notwendig. Budget und Finanzpläne, welche das jeweils folgende oder die folgenden vier bis fünf Jahre darlegen, reichten für diese Langfristplanung nicht aus, ist Batliner überzeugt.

«Eine Bestandsaufnahme der heutigen Politik sowie daraus abgeleitet die Abschätzung der langfristigen Auswirkungen kann den Handlungsbedarf deutlich besser offenlegen», führt der FBP-Landtagsabgeordnete weiter aus. Eine solche Planrech-

nung solle mit einem Horizont bis 2040 erstellt werden. Bis dann hätten sich die wesentlichen Auswirkungen der aktuellen demografischen Entwicklung niedergeschlagen, so Batliner.

Das FBP-Postulat verlangt, dass der zu erstellende Bericht über die Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen vor allem die Auswirkungen auf diejenigen Bereiche aufzeigen soll, welche durch die demografische Entwicklung massgeblich beeinflusst werden. «Dies sind insbesondere das Gesundheitswesen, die soziale Sicherheit und die Einnahmen des Staates», erklärt Batliner. «Die Postulanten sehen es nun an der Zeit, diese wichtigen und planungsrelevanten Fragen zu beantworten und allenfalls daraus abgeleitete Massnahmen zu ergreifen.»